Die digitale Landesbibliothek Oberösterreich

oö landes bibliothek

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:
Director: Mag. Renate Plöchl
Deputy director: Mag. Julian Sagmeister
Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek
Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:
Email: landesbibliothek(at)ooe.gv.at
Telephone: +43(732) 7720-53100

Erste Juni-Hälfte.

Es war schon bedenklich gewesen, daß der Kanzler die Reise deutscher Sozialdemokraten zu einem sozialistischen Friedenskongreß in Stockholm am 19. Mai nicht verhindert hatte. Dort hatten sich unter dem Einfluß des russischen Kriegszielmanifestes vom 10. April Entwicklungen angebahnt, die den Widerstandswillen des deutschen Volkes ernsthaft gefährden konnten, da sie die trügerische Hoffnung auf einen für die Mittelmächte möglichen Frieden ohne Sieg stärkten. Sie waren angesichts der in Österreich-Ungarn immer unverhohlener sich zeigenden Kriegsmüdigkeit[1]) doppelt bedrohlich. So hielt es die Oberste Heeresleitung für nötig, den Reichskanzler auf die Gefährlichkeit dieser ganzen Verhältnisse hinzuweisen, damit er für geeignete Gegenmaßnahmen sorge.

19. Juni.

In einem ausführlichen Schreiben vom 19. Juni machte Generalfeldmarschall von Hindenburg den Kanzler darauf aufmerksam, daß „in der Heimat in weitem Maße die Ansicht verbreitet ist, der Krieg würde spätestens im Herbst ein Ende finden". Er erblicke in solchen „Hoffnungen, die sich an bestimmte, dicht bevorstehende Zeitpunkte knüpfen, eine erhebliche Gefahr". Der Unterseekrieg werde mit Sicherheit unsere Feinde, oder wenigstens einen Teil von ihnen, zum Frieden zwingen, wenn er „mit genügender Energie und genügend lange" fortgesetzt werde. Vor allem England, Frankreich und die Vereinigten Staaten rechneten aber darauf, daß „der Zusammenbruch Deutschlands und seiner Bundesgenossen vor dem eigenen" erfolge. Sie erwarteten ihn militärisch vom Siege zu Lande, vor allem aber „durch Ernährungsschwierigkeiten und Rohstoffmangel, durch Uneinigkeit, Unzufriedenheit und den Sieg der deutschen radikalen Sozialdemokraten". Sie bauten dabei auf das Nachlassen der inneren Widerstandskraft, das Anwachsen internationaler Strömungen und unsere „leider von vielen Stellen laut verkündete Friedenssehnsucht". Sie würden — solange sie einen baldigen Zusamenbruch unsererseits erwarten — auch Hungersnöte überstehen. Einlenken würden sie erst, wenn ihre Lebensbedingungen vor der Zer-

[1]) Gen. Ob. von Plessen erwähnt in seinem Tagebuch am 11. Juni das Eintreffen eines österr.-ung. Genst. Hptm., der einen Brief Kaiser Karls an Kaiser Wilhelm überbrachte, und bemerkt dazu: „Es munkelt, daß die Österreicher dringend Separatfrieden machen wollen." Es entwickle sich „ein Drängen nach Frieden in bedrohlicher Weise". Am 12. Juni heißt es: „Österreich will Frieden machen; sich mit dem Status quo ante begnügen. Man soupçonniert, daß England dahintersteckt, und daß Österreich den Wunsch hat, Deutschland nicht zu groß werden zu lassen. Ein Brief des Kaisers Karl mit solchen Friedensideen soll energisch abgewiesen werden. Der König von Bulgarien" (der in diesen Tagen in Kreuznach weilte) „spricht sich entrüstet über Wien aus, gibt sich ganz in unserem Sinne." Am 14. Juni bestehen die „Besorgnisse in der Politik bezüglich Österreich weiter. Man gewinnt den Eindruck, daß Österreich kein Interesse mehr an einem deutschen Sieg hat ..."